

Dübendorf, 4. März 2026

Medienmitteilung: Anfrage zur Zukunft des elektronischen Patientendossiers – EDU fordert rasche Entlastung für Gesundheitsdienstleister

Im Zürcher Kantonsrat ist eine Anfrage zur Zukunft des elektronischen Patientendossiers (EPD) eingereicht worden. Der Auslöser dafür war die Medienkonferenz von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider zur geplanten Einführung eines neuen elektronischen Gesundheitsdossiers (EGD) auf Bundesebene vom 5. November 2025. Die EDU erkannte schon früh Handlungsbedarf, weshalb man schon Ende letzten Jahres das Gespräch mit der Gesundheitsministerin Natalie Rickli suchte.

Die Anfrage, die am 23. Februar 2026 von Exponenten verschiedener Parteien, darunter namentlich auch von Hans Egli, EDU eingereicht wurde, thematisiert insbesondere die Situation der Gesundheitsdienstleister im Kanton Zürich während der mehrjährigen Übergangsphase bis zur Einführung des neuen Systems.

EPD gilt als gescheitert

Das elektronische Patientendossier (EPD), das heute in der Schweiz existiert, hat die Erwartungen bisher nicht erfüllt. Schätzungen zufolge verfügen lediglich rund zwei Prozent der Patientinnen und Patienten über ein EPD. Gleichzeitig verursacht das System beträchtliche Kosten und administrativen Aufwand.

Trotz der geringen Nutzung sind Gesundheitseinrichtungen – darunter Arztpraxen, Spitäler und Pflegeheime – verpflichtet, sich an ein EPD-System anzuschliessen und die entsprechende technische Infrastruktur zu betreiben und zu finanzieren.

Ein grundlegendes Problem des heutigen Systems liegt in seiner Struktur: Das EPD wird von vielen Fachleuten als «PDF-Friedhof» bezeichnet. Medizinische Dokumente werden hauptsächlich als PDF-Dateien abgelegt, was eine digitale Weiterverarbeitung der Daten stark einschränkt und den praktischen Nutzen für die medizinische Versorgung reduziert.

Neues Bundesprojekt EGD in Planung

Der Bund plant mit dem elektronischen Gesundheitsdossier (EGD) ein neues System, das das bisherige EPD langfristig ersetzen soll. Anders als beim bisherigen Modell sollen Gesundheitsinformationen künftig strukturiert und maschinenlesbar gespeichert werden. Dadurch könnten medizinische Daten effizienter genutzt, zwischen Leistungserbringern einfacher ausgetauscht und in digitalen Prozessen sinnvoll weiterverarbeitet werden.

Die Einführung des EGD ist jedoch erst in mehreren Jahren vorgesehen.

Übergangsphase verursacht unnötige Kosten

Genau hier setzt die Anfrage im Zürcher Kantonsrat an. In der Zwischenzeit sind sämtliche Gesundheitsdienstleister weiterhin verpflichtet, EPD-Anbindungen zu betreiben – obwohl bereits absehbar ist, dass dieses System durch das neue EGD ersetzt wird.

Die Anfrage will deshalb unter anderem klären:

- Müssen Arztpraxen, Heime und andere Gesundheitsinstitutionen weiterhin in EPD-Anbindungen investieren?
- Können bestehende Verträge mit EPD-Anbietern gekündigt werden?
- Drohen Sanktionen, wenn Einrichtungen ihre Anbindung aufgeben?

Neben den finanziellen Belastungen geht es auch um administrative Ressourcen. Für die Integration und den Betrieb der EPD-Schnittstellen müssen Mitarbeitende geschult, Systeme eingerichtet und laufend betreut werden. Diese Aufgaben binden Personal und Zeit – Ressourcen, die im Gesundheitswesen dringend anderweitig benötigt werden.

«Mut zum Abbruch eines gescheiterten Experiments»

Für EDU-Kantonsrat Hans Egli ist klar: Wenn bereits feststeht, dass das heutige System durch eine bessere Lösung ersetzt wird, sollte der Umgang mit dem bestehenden EPD kritisch überprüft werden.

Die Anfrage soll deshalb klären, ob und wie der Kanton Zürich seine Gesundheitsdienstleister in der Übergangsphase entlasten kann.

Ziel ist es, unnötige Kosten und administrativen Aufwand zu reduzieren und den Fokus auf funktionierende digitale Lösungen im Gesundheitswesen zu legen.

Kontakt:

Pfr. Jann Flütsch

Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Am Wasser 26

8600 Dübendorf

Telefon: 052 222 42 61

Mobil: 079 630 16 09

E-Mail: jann.fluetsch@edu-zh.ch

Weitere Informationen: Die EDU setzt sich aus Christen verschiedener Bekenntnisse zusammen. Sie wurde 1975 gegründet und ist seit 1978 in kantonalen und kommunalen Behörden und von 1991 bis 2011 und erneut seit 2019 im Nationalrat vertreten. Die EDU versteht sich als unabhängige Partei mit bürgerlicher Ausrichtung, die sich der Wahrheit verpflichtet sieht. Sie finanziert sich durch Mitgliederbeiträge und Spenden.